

Deutschland.

□ **Berlin, 15. Juli.** Die „Independance“ hatte dem „Bulletin international“ die Nachricht entnommen, daß zwischen Frankreich, Belgien und Holland Verhandlungen wegen einer Zollvereinigung stattfänden. Dabei war zugleich angedeutet worden, daß dieser Vertrag noch andere, als kommerzielle, also politische Interessen ins Auge fassen würde. Diese Nachricht wird jetzt in ihrer ganzen Ausdehnung von der belgischen Regierung für unbegründet erklärt. — Ueber die Unterstützungen, welche den Lehrern in Ostpreußen während der Zeit des Nothstandes zu Theil geworden sind, ist jetzt eine amtliche Zusammenstellung erfolgt. Von der Regierung in Königsberg sind 38,000 Thlr. und von der Regierung in Gumbinnen 31,968 Thlr., zusammen aus Staatsfonds also 69,968 Thlr. an hilfsbedürftige Lehrer ausgegeben worden, wobei jedoch die den emeritirten Lehrern und Lehrer-Wittwen gewährten Unterstützungen nicht mit gerechnet sind. Außerdem sind von dem Komitee zur Unterstützung nothleidender Volksschullehrer in Ostpreußen 19,542 Thlr. und vom Komitee zur Unterstützung hilfsbedürftiger Lehrer-Familien 13,777 Thlr. verausgabt worden. Diese Uebersicht dient zugleich zur Aufklärung der von demokratischer Seite tendenziös ausgetragenen Thatsache, daß die Regierung zu Gumbinnen durch einen Erlaß von den Privatvereinen Mittelungen über die an Lehrer verabreichten Unterstützungen verlangt hat. Diese Maßregel findet ihre Erklärung darin, daß die Regierung einerseits sich vergewissern wollte, was von Seiten der Privatwohlthätigkeit für die nothleidenden Lehrer geschehen sei, um das richtige Maß für die noch notwendige Staatshilfe finden zu können, und daß sie andererseits in diesen verlangten Mittelungen das Material zu der allgemeinen Uebersicht sich verschaffen wollte, die eben jetzt gegeben worden ist. — Die „Provinzial-Correspondenz“ enthält auch aus dem Regierungsbezirk Königsberg einen Artikel über die vorliegende Lage, aus dem hervorgeht, daß die Darstellungen, wie sie mit Vorliebe der „Bürger- und Bauernfreund“ und die ihm verwandten Organe von den Ernteaussichten geben, übertrieben sind. Der „Bürger- und Bauernfreund“ verkündet nämlich als Orakel mit besonderem Behagen, daß es ein Hungerjahr ohne Gleichen geben werde. Es ist von uns schon früher darauf hingewiesen worden, daß die demokratischen Blätter den Nothstand womöglich gleich permanent machen möchten, um daran ein bleibendes Material für ihre Wählerereien und Heberereien zu haben. Von diesem Standpunkte hat man ihre Nothstandsberichte anzusehen.

□ **Berlin, 16. Juli.** Man schreibt der „Sp.“ aus Ems vom 14. Juli: „Seine Majestät der König hat bereits gestern mit der Brunnenkur den Anfang gemacht und ergeht sich regelmäßig des Morgens und des Abends zwei Stunden auf der Promenade. Seine Begleiter waren seit der Hofmarschall Graf Perponcher, die Flügel-Adjutanten Graf Lehndorff und v. Hymmen, der General-Adjutant v. Tresckow u. Außerdem hat aber der hohe Kurgast auf seinem Rundgange schon viele Personen in eine Unterhaltung gezogen. — Wie im vorigen Jahre, so zeigt sich auch jetzt wieder der König uns nur in heiterster Stimmung. — Die Vorträge haben schon gestern begonnen und waren zu denselben befohlen der Hofmarschall Graf Perponcher, der Geheime Rabinets-Rath v. Müllner, der Geheime Hofrath Vordt, der Geheime Rath Abeken u. Heut arbeitete der König vornehmlich mit dem Chef des Militär-Kabinetts v. Tresckow und wird um 5 Uhr 40 Min. mit dem Gefolge nach der Wasserheil-Anstalt Laubach fahren, wo selbst der Koblenzer Vaterländische Frauenverein zum Besten der durch Hagelschlag schwer heimgefallenen Ditschasten der Bürgermeistereien Nieder-Wambach und Waldbrohl, sowie des Sieglekreises von 150 Militärmusikern ein Konzert aufführen läßt. Die Rückkehr soll Abends 8 Uhr erfolgen. — Am Sonntag empfing der König außer den Oberpräsidenten v. Pommersche und v. Möller, dem Regierungs-Präsidenten von Diest, der Generalität aus Koblenz, Köln u. auch den von Paris zurückgekehrten General Grafen von der Goltz, welcher seinen Bruder, den Botschafter, besucht hatte. Das Zungenleiden soll sich allerdings in Folge der neuen Kurmethode des Holländers wesentlich gebessert haben; ob der Heilkünstler aber im Stande ist, das Uebel dauernd zu beseitigen, muß abgewartet werden. Falsch ist das Gerücht, daß der Botschafter, in nächster Woche nach Ems kommen werde. Eine derartige Reise erlaubt sein Zustand noch nicht. — Auch auf den Besuch des Vicekönigs von Egypten müssen wir verzichten; er hat abzusagen lassen, obgleich seine Diener bereits Quartier gemacht hatten. — Gestern Nachmittag hatten wir ein starkes Gewitter und Abends zur Feier der Anwesenheit des hohen Kurgastes ein brillantes Feuerwerk. Die Berge waren bengalisch erleuchtet. — Am Sonntag mußte unsere Bank, da das betreffende Gesetz bereits publizirt ist, zum erstenmal das Spiel ruhen lassen.

□ **Berlin, 15. Juli.** Die Kaiserin von Rußland hat sich bereits über Warschau, Breslau und Dresden nach Kissingen begeben, wohin der Kaiser ihr demnächst folgen wird. Nach Beendigung der Kur in Kissingen begibt sich das kaiserliche Paar nach Schloß Jagenheim in Hessen-Darmstadt. Gegen Ende Septembers trifft der Kaiser mit seiner hohen Gemahlin auf der Rückreise nach Petersburg zu einem Besuche am Hofe unseres Königs ein. — Bei den vorjährigen Wahlprüfungen im Abgeordnetenhaus behauptete der Abg. Krieger (Goldap) angeblich nach Mittelungen von durchaus glaubwürdigen Personen, daß mehrere Polizei-Verwalter seines Wahlkreises vor den Wahlen von einem Wahlmanne zum anderen gefahren seien und ihm mit der Einberufung zum Militärdienst gedroht haben, falls sie nicht für den konservativen Kandidaten stimmen würden. Die Staats-Regierung, welche eine so schwere Anschuldigung gegen Beamte nicht unerörtert lassen konnte, stellte sofort eine genaue Untersuchung darüber an

und ließ sämtliche Polizei-Verwalter des Wahlbezirks verantwortlich vernehmen. Da sich hierbei nicht das Geringste zur Bestätigung der erwähnten Behauptung ermitteln ließ, so forderte die Regierung demnächst den Abgeordneten Krieger selbst in öffentlicher Sitzung auf, ihr die Mittel an die Hand zu geben, um die behaupteten Thatsachen festzustellen und nöthigenfalls gegen Beamte, die sich dergleichen unbecräftigte Beeinflussung der Wähler etwa hätten zu Schulden kommen lassen, nach der Strenge des Gesetzes einschreiten zu können. Der Abgeordnete bezeichnete nun den Polizei-Verwalter (Adler) für Scittkehen als denjenigen, von welchem durchaus glaubwürdige Wahlmänner Jenes berichtet hätten. Seine Gewährsmänner bezeichnete er nicht näher, fügte aber hinzu: er bedauere, daß er selbst als Abgeordneter, nach Art. 84 der Verfassung, wegen seiner Behauptung nicht vor Gericht gezogen werden könne, — er werde jedoch Mittel und Wege finden, daß die Thatsachen gerichtlich festgestellt werden, und es werde sich zeigen, daß Alles, was er gesagt habe, Wort für Wort wahr sei. — Bald darauf wurde bekannt, daß der Abgeordnete Krieger sich an zwei Ouböbhaber des Kreises gewandt hatte, um sich nachträglich Beweise für seine Behauptung zu verschaffen, daß jedoch seine Zumuthung an jenen Stellen entschieden zurückgewiesen worden sei. Irden welche weitere Schritte Behufs gerichtlicher Feststellung der mit so großer Zuversicht behaupteten Thatsachen sind Seitens des zc. Krieger nicht gethan worden. Dagegen erachtete es die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse für nothwendig, die gesetzlichen Mittel anzuwenden, um den Grund oder Ungrund der gegen den erwähnten Polizei-Verwalter erhobenen Beschuldigungen festzustellen, damit je nach dem Ergebnisse der Beweise wegen Amtsmißbrauchs oder der Urheber der Beschuldigung wegen Verleumdung zur strafgerichtlichen Verfolgung gezogen werden könnte. Bei der deshalb veranlassenen zeugeneidlichen Vernehmung nannte der Abgeordnete Krieger einen Mühlensbesser in Scittkehen als denjenigen, der ihm die in Rede stehenden Mittelungen gemacht habe. Im weiteren Verfolg der stattgefundenen gerichtlichen Untersuchung ist der Gewährsmann des zc. Krieger durch das königliche Kreisgericht zu Goldap wegen Verleumdung des Polizei-Verwalters Adler mit Bezug auf dessen Beruf verurtheilt worden. Das Urtheil ist bereits rechtskräftig. (Prov.-Korr.)

— In Bezug auf die Ueberlassung von Dienstwohnungen an Beamte, wo diese nicht ohne Entgelt statgefunden hat, war die Höhe des Gehaltsabzuges bisher den willkürlichen Bestimmungen der Regierungen überlassen und wurde von diesen bald zu 5 pCt., bald höher bis zu 10 pCt. normirt. Durch Allerhöchste Kabinettsordre sind jetzt feste Prozentsätze im Verhältnis zur Größe der Städte vorgeschrieben worden, und zwar in Städten mit mehr als 50,000 Einwohnern nur 10, mit 10,000 bis 50,000 Einwohnern 7½ und mit weniger als 10,000 Einwohnern nur 5 pCt. Diejenigen Beamten, denen schon zur Zeit Dienstwohnungen überlassen sind, soll erst dann ein höherer Prozentsatz treffen, wenn ihr Gehalt erhöht wird, aber die Erhöhung des Prozentsatzes darf die Erhöhung des Gehalts nicht übersteigen.

— Die raschen und siegreichen Erfolge des Feldzuges von 1866 dürften u. A. auch daraus zu ersehen sein, daß die preussische Armee vom Tag des Beginnes der Feindseligkeiten am 16. Juni (Ueberfall der Straubatterien bei Brunnshausen und Einnahme von Stade), bis zu deren Einstellung nach dem Gefecht bei Bayreuth am 29. Juli, also während einer 44tägigen Campaigne, in ihren verschiedenen Truppenverbänden bei 72 Schlachten, Gefechten und Treffen engagirt gewesen ist. Während aller dieser glorieichen Kämpfe gerietten nur 391 Preußen in feindliche Gefangenschaft und ging weder ein Geschütz noch eine Fahne verloren.

— Ein Bericht aus Gumbinnen enthält über die dortigen Verhältnisse und Aussichten Folgendes: Die Witterung ist seit 8 Wochen dem Wachstum der Feldfrüchte nicht günstig gewesen. Nur an wenigen Tagen hat es reichliche und spärlich geregnet, so daß die Feuchtigkeit schon seit April d. J., namentlich in dem schweren Boden, die Ackerkrume nicht durchrunnen hat. Die anhaltende Dürre und oft glühende Hitze hat vielfach ein Abwelken der Saaten und eine spärliche Fruchtbildung zur Folge gehabt, so daß die Ernteaussichten nur als sehr mittelmäßig bezeichnet werden können.

— Die Heu- und Klee-Ernte dagegen hat überall einen günstigen Verlauf gehabt und einen höchst zufriedenstellenden Ertrag geliefert, obwohl die Nachmahd bei der andauernden Trockenheit ein weniger gutes Resultat verspricht. — Der Stand der Kartoffelfelder ist ein eisenlicher; die Pflanzen haben eine gesunde, frische Farbe und es hat sich die in Massen von auswärts eingeführte Ausaat als dem hiesigen Boden sehr zuzugewandt bewährt. Die überaus kleine Zahl der mit einheimischer Ausaat bestellten Flächen ist in der Entwicklung zurückgeblieben. Die Zahl der bei öffentlichen Arbeitsstellen beschäftigten Personen ist geringer geworden, da die Landwirtschaft bedeutende Kräfte in Anspruch nimmt. Obwohl die Lohnsätze gegen die Vorjahre nicht unerheblich gestiegen sind, so fällt es doch Arbeiter bei der Kostspieligkeit der täglichen Lebensbedürfnisse doch schwer, für die Familie das Nöthige zu erübrigen, so daß die Orts- und Kreis-Armenlasten noch immer eine ungewöhnliche Höhe behalten. Die Thätigkeit der Privatwohlthätigkeits-Vereine ist im Wesentlichen abgeschlossen, die Spinnereien und Suppen-Anstalten haben aufgehört. Der Typhus tritt nur noch vereinzelt auf und hat seinen epidemischen Charakter gänzlich verloren. In den einzelnen, zur Kenntniß der Behörden gebrachten Fällen hat die Krankheit einen leichten Verlauf gehabt. Die allgemeine Lage beruht, ungeachtet der nur sehr mittelmäßigen Ernte-Aussichten, zu der Hoffnung, daß die Bedrängnisse des vorigen Jahres für die ärmeren Klassen der Bevölkerung in dem bevorstehenden Winter in gleicher Größe und Ausdehnung sich nicht wiederholen werden.

□ **Essen a. d. Ruhr, 13. Juli.** Die „Post“ erhält folgende Mittheilung: „Soeben kehre ich von einem Gange durch die Stadt zurück, den ich unternommen hatte, um Ihnen über die neuerdings wieder so viel besprochene Angelegenheit der Bodensenkungen und daraus entstandener Erd- und Häuserrisse nach eigener Anschauung Bericht erstatten zu können. Die Zerstörungen in der Bahnhofstraße sind nach meiner Ueberzeugung noch immer im Wachsen begriffen. Allerdings haben in neuester Zeit mehrere Häuser wieder geräumt oder abgerissen werden müssen; aber in den beschädigten bewohnten und unbewohnten Baulichkeiten haben sich die alten Risse theils trotz der angebrachten Verankerungen merklich erweitert, theils sind neue Sprünge entstanden. Zwischen den beschädigten Gebäuden stehen feillich auch solche, die ganz unversehrt geblieben sind, und dies ist leicht zu erklären. Wenn der Boden an irgend einer Stelle versetzt, so geschieht dies, weil das auf der einen Seite der Sprunglinie gelegene Erdreich die Neigung hat, sich in einem stärkeren Maße zu senken, wie das Erdreich auf der anderen Seite; an und für sich senken sich aber bedeutende Flächen nur sehr wenig und ganz gleichmäßig. Wenn also der Riß nicht gerade unter dem qu. Gebäude sich hinzieht, so liegt kein Grund vor, weshalb dasselbe durch Schäden leiden sollte. Man muß eben auf keinen Fall an Erdsenkungen glauben, welche so bedeutend wären, daß demnächst etwa ein plötzlicher Hauseinsturz oder ein großer Tagebruch (wegen der unterirdischen Bergbauarbeiten) zu befürchten stände. Zu einer solchen Schwarzjeherei liegen vor der Hand noch keine Anhaltspunkte vor. Allerdings hat sich die Annahme, daß die ungleichmäßigen Erdsenken ein lediglich von der Austrocknung einer weit verbreiteten Erdmasse (der sog. Fleßschicht) herrühren sollten — wie selbst Bergleute versichern — nicht bestätigt. Aber auch wenn es wahr ist, daß der Bergbau der hiesigen Tiefbauecken und ganz besonders die ungeheure Kohlenförderung der Zeche „Hoffnung“ (müßte eigentlich in „Furcht“ umgetauft werden) die eigentliche und direkte Ursache zu den Störungen an der Erdoberfläche in Essen bildet, so braucht der Kausalzusammenhang deswegen noch nicht ein solcher zu sein, daß man ein größeres Unglück befürchten sollte. Lebhaft zu bedauern sind die, wenn gleich nicht am Leben und an der Gesundheit, so doch an Hab und Gut mitunter schwer beschädigten Haus- und Grundeigentümer. Die ungleichmäßigen Erdsenkungen in der Bahnhofstraße und Umgebung sollen in jüngster Zeit auch entferntere Stadttheile heimgesucht haben. Ein Geschäftsmann, der schon seit langen Jahren in einem älteren Hause nahe beim Markte wohnt, fand noch vor wenigen Tagen des Morgens beim Ankleiden in der seitlichen Außenwand seines Schlafzimmers eine Spalte, durch welche er seinem Nachbar (dessen Haus keine eigene Seitenmauer hat) ganz bequem in's Zimmer sehen und eine Unterhaltung à la Tibbe und Pyramus mit ihm anfangen konnte. — Einen Hotelbesitzer traf das Unglück, daß in der Untermauerung seines Hauses zwei Sprünge entstanden, die er zwar sofort mit einem Ritze zustreichen ließ, wegen der lichten Farbe des Letzteren aber nun als sonderbare Aenderchen auf dem dunklen Grunde des Sockelansatzes ersahen und die Augen des vorübergehenden Publikums auf sich zogen. Sofort versiel der Besitzer auf die kluge Idee, den Sockelansatz des übrigens neugetünchten Hauses ändern zu lassen. Nun ist Alles wieder in Ordnung.“

Ausland.

□ **Wien, 14. Juli.** Beinahe hätten die Czechen das Non plus ultra ihrer Demonstrationen erreicht. Vorgestern sollte nämlich auf der Koban'schen Insel in Prag ein Feuerwerk, die Verbrennung des Magister Huf darstellend, abgebrannt werden. Leider kam jedoch diese äußerste Leistung nicht zu Stande; die Polizei hatte, wie die „Nar. Listy“ melden, das Feuerwerk noch rechtzeitig verboten.

□ **Bern, 15. Juli.** Der schweizerisch-österreichische Handelsvertrag, sowie der Vertrag über die Berichtigung der Grenze zwischen der Schweiz und Oesterreich (bei Finstermünz) ist gestern in Wien unterzeichnet worden. Der Nationalrath hat den Erlaß der Berner Regierung bekräftigt, wodurch den Lehrschwestern das Unterrichtsverbot verboten wird.

□ **Paris, 13. Juli.** Die „Morning Post“ bringt eine Erklärung von Messrs. Johnson und Sons in ihrer Eigenschaft als Inhaber des „London Office of the Monitor Universal“ zur Berichtigung der in Londoner und Pariser Journalen enthaltene „irrhümlichen“ Mittheilungen über die Stellung des französischen offiziellen Blattes. Die Herren Johnson und Sons erlauben sich ganz gehorsamt zu bemerken, 1) daß der Name, unter welchem der „Monitor“ seit dem Jahre 1789 veröffentlicht worden, das „absolute Eigenthum“ des Eigentümers ist, welcher die Verwaltung des Blattes leitet; 2) daß das Blatt seit Anfang dieses Jahrhunderts als das offizielle Organ Frankreichs fortwährend anerkannt worden ist, eine Stellung, welche demselben durch besonderen Allerhöchsten Erlaß gesichert worden; 3) daß der gegenwärtige Spezialkontrakt zwischen der französischen Regierung und dem „Monitor“ mit Ausgang dieses Jahres abläuft. Die Herren Johnson u. Sons verweisen auf die Bemühungen, die von verschiedenen Seiten gemacht wurden, um nach Ablauf des Kontrakts die Wahl eines anderen Blattes zum offiziellen Organ Frankreichs durchzusetzen, jedoch seien keine stichhaltigen Gründe für die Annahme vorhanden, daß die Zeitung, welche die berühmten Bülletins der Großen Armee veröffentlichte und welche der jetzt regierende Kaiser sehr treffend „die Annalen Frankreichs“ genannt hat, aufhören werde, das offizielle Organ der französischen Regierung zu sein.

□ **Paris, 14. Juli.** Die deutsche „Pariser Korrespondenz“ schreibt: „Marschall Niel hatte dem Verfasser der Geschichte Louvois', Camille Roussel, die Darstellung der Kämpfe der republikanischen Armeen gegen die preussische Invasion von 1792 aufge-

